

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 402/2015
Kiel, Mittwoch, 18. November 2015

Bildung/Gymnasien

Anita Klahn: Wahlfreiheit an Gymnasien stärkt die Eigenverantwortung der Schulen

In ihrer Rede zu TOP 6 (Wahlfreiheit an Gymnasien) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir einen der bildungspolitischen Kardinalfehler der amtierenden Regierungskoalition korrigieren und dem Willen von Schülern, Eltern und Lehrern wieder Gehör verschaffen.

Wir wollen, dass Gymnasien wieder selbst entscheiden können, ob sie den acht- oder neunjährigen Bildungsgang oder das sogenannte G-Y-Modell, also beide Bildungsgänge als Weg zum Abitur anbieten wollen. Wir wollen die Eigenverantwortung der Schulen stärken.

Die Faktenlage ist dabei völlig klar.

Der Trend in den westdeutschen Flächenländern ist eindeutig. Alle schwenken auf G9 an Gymnasien zurück. Niedersachsen, Hessen, NRW, Baden-Württemberg, selbst Bayern mit der ‚Mittelstufe plus‘ schwenkt um. Überall ist die Resonanz von Eltern und Schülern positiv. Auch bei uns im Land sieht man das an den Anmeldezahlen. Zum Beispiel in Schleswig, dort liegen ein G8- und ein G9-Gymnasium dicht beieinander, beide Schulen haben einen sehr guten Ruf, jedoch ist das G9-Gymnasium komplett überlaufen, während die Anmeldesituation bei G8 schwierig war. Auch bei den G-Y-Gymnasien ist der G9-Bildungsgang immer stark nachgesucht. Bei einigen handelt es sich faktisch um reine G9-Gymnasien.

Auch die Belastungen der G8-Schüler sind enorm – Arbeitsverdichtung, Termindruck, Zeitmangel. Es bleibt kaum noch Zeit, neben der Schule Freizeitaktivitäten wahrzunehmen. Das ehrenamtliche Engagement leidet deutlich, das zeigen alle Umfragen. Oder werfen sie doch mal einen Blick in die Stellungnahme des Landesfeuerwehrverbandes, der die Problemlage für seinen Bereich beschreibt. Und das gilt für alle Vereine und Verbände. Die

aktuelle Flüchtlingskrise zeigt doch, wie wichtig Ehrenamt und Zivilgesellschaft sind. Ohne deren Einsatz wäre dieses Land doch schon am Ende. Und was machen wir? Wir schneiden uns ins eigene Fleisch und torpedieren die Nachwuchsgewinnung.

Der Deutsche Lehrerverband meldet, dass durch den notwendigerweise höheren schulischen Leistungsdruck die Zahl der Ehrenrunden angestiegen ist. Warum, frage ich, treiben wir unsere Kinder in dieses System? Warum treiben wir viele in diese unnötige Erfahrung des Scheiterns? Ich habe da keine Antwort drauf. Es gibt Fahrschüler, die durch die langen Busfahrzeiten längere Arbeitstage haben als ihre Eltern.

Nun kann man natürlich versuchen die Belastungen bei G8 zu mindern. Hamburg und NRW gehen da jedoch genau den falschen Weg. Denn was wird dort gemacht, die Hausaufgabenbremsen sind doch nur das weitere Senken der Qualität. Das lehnen wir kategorisch ab. Die FDP will mehr Qualität im Bildungswesen und nicht weniger. Das Abitur darf nicht weiter entwertet werden. Das Abitur ist der allgemeine Hochschulzugang und muss als solches ein absolutes Qualitätsmerkmal bleiben.

Der Weg dafür ist die Rückkehr zu G9. Geben wir unseren Kindern dieses Jahr, damit sich in Ruhe entwickeln und weiterhin Musik, Sport oder anderes Ehrenamt neben der Schule betreiben können. Man muss doch nur mal die ganzen Stellungnahmen, offenen Briefe, Initiativen oder Interviews von Schülern, Eltern und Lehrern aus der ganzen Republik lesen. Wenn dort geschrieben wird, dass sich das Schulleben schon kurz nach der Umstellung auf G9 gewandelt hat und sich so viele Schüler wie selten wieder in sozialen Schulprojekten, im Chor, im Orchester oder beim Sport engagieren. Warum hören wir diesen Menschen nicht zu und geben den Gymnasien nicht Wahlfreiheit zurück?

Ministerin Ernst, wir wollen ihnen die Möglichkeit geben, eine Wende in der Bildungspolitik einzuleiten. Denn wie heißt es so schön bei Wilhelm Busch, wer in die Fußstapfen eines anderen wandelt, hinterlässt keine eigenen Spuren. Frau Ministerin, verlassen sie den falschen Weg, den ihre Vorgängerin eingeschlagen hat. Werden sie ihrem Anspruch gerecht, mehr zu zuhören und wieder mehr Dialog mit den Betroffenen zu führen. Geben sie ihrer Regierung wieder einen vernünftigen bildungspolitischen Kurs und sorgen sie dafür, dass die Koalitionsfraktionen dem Gesetz zustimmen.

Wenn wir den Gesetzentwurf jetzt zu Beginn des Schuljahres beschließen, haben die Gymnasien genügend Zeit, sich für das kommende Schuljahr auf den Weg zu machen, um wieder G9 anbieten zu können. Ich rufe deshalb alle auf, die starke Gymnasien wollen, heute dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Denn wer den Gymnasien die Wahlfreiheit verweigert, entkernt die Gymnasien immer weiter und zeigt nur seine wahre Absicht – die Einführung der Einheitsschule.“